

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends - Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. - Verantwortlich für den Inhalt: Hermann Müller, Magdeburg. - Druck und Verlag von W. Pannisch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 8. - Fernsprechnummer 1111 bis 1116. - Postzeitungsliste 2. Nachtrag. - Abonnementpreis monatlich 3,00 Mark, halbjährlich 15,00 Mark, einjährig 30,00 Mark. Einzelpreis 15 Pfennig. Sonntags: Pfennig.

Anzeigenpreise: Die 10spaltige 27 Millimeter breite Nonpareillezeile beträgt 20 Pf., auswärts 25 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 15 Pf., die dreispaltige 20 Millimeter breite Reklamezeile 10 Pf., auswärts 15 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Flugversand keine Gewähr. Erfüllungsort: Magdeburg. Postfachkonto Nr. 123 Magdeburg.

Nr. 70.

Magdeburg, Mittwoch den 24. März 1926.

37. Jahrgang.

Richtung Völkerbund!

Die Pleite der Deutschnationalen.

Wenn die Reichstagsitzung am Montag nach den unzähligen Telegrammen, Zeitungsberichten, offiziellen Darstellungen und Kommentaren über die Genfer Völkerbundskrise weder vom Regierungskreis noch von den Rednern der Parteien wesentlich Neues bringen konnte, so hat sie doch eins mit voller Klarheit dargetan: die innere Schwäche der deutschnationalen Opposition und den vollen Zusammenbruch der außenpolitischen Verheißungen des Nationalismus. Schon der Beginn der Sitzung war kennzeichnend. Auf der Tagesordnung stand, was fast vergessen war, die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Auswärtigen. Der deutschnationale Vertreter Prof. Dr. Goetzsch verjagte ein Referat über die Auswärtigen Verhandlungen zu erstatten. Niemand hörte ihm zu. Er trat nach einigen Minuten ab, ohne daß über die Stenographen hinaus jemand verstanden hätte, was der deutschnationale Außenpolitiker hat sagen wollen. Es war ein Beweis dafür, wie der Reichstag deutschnationale Leistungen in der Außenpolitik einzuschätzen gelernt hat.

Strefemann ließ dann unter lautloser Aufmerksamkeit alle Künste seiner Beredsamkeit spielen. Obwohl er es an Spitzen gegen die Opposition von rechts nicht fehlen ließ, blieb diese still und artig. Nur der Böllische von Graefe, der sich vor der Rednertribüne aufgeföhnt hatte, neckte, wie so oft, sein feilisches Gleichgewicht und freischte abfällig über die rednerische Geschicklichkeit Strefemanns. „Sie Lächerlichkeit, Sie haben Ihren Beruf verfehlt.“ Einen Augenblick gab es Aufregung. Der Außenminister trat ein paar Schritte auf den nervösen Schreier zu und fuhr ihn mit dem zutreffenden, aber unparlamentarischen Ausdruck an: „Das ist eine Unverschämtheit!“ Zwei Klagen des Präsidenten Löbe; eine seiner höflichen Mahnungen, die alle Abgeordneten auf ihre Plätze schickte, und wieder lag Ruhe über dem Saale, die den ganzen Tag durch keinerlei Temperamentsausbrüche mehr gestört wurde.

Wie weit könnte Deutschland heute außenpolitisch sein, wenn dieser Strefemann schon vor vier oder fünf Jahren die Erkenntnis gehabt, oder gar ausgesprochen hätte, die er jetzt im Kampfe gegen die Rechte von sich gibt. Er lehnt es ab, sich mit dem kurzen Lorbeer zu schmücken, den eine Provokation des Abbruchs der Verhandlungen in Genf für die deutsche Delegation gebracht haben würde. Er will vermeiden, daß eine neue Schulfrage

zu Lasten Deutschlands konstruiert werde, nachdem man erlebt habe, wie verhängnisvoll der Schuldparagraph des Versailler Vertrags wirkt. Er hat begriffen, daß man in früheren Jahren die öffentliche Meinung der übrigen Welt in Deutschland zu gering eingeschätzt hat. Er wagt sogar, sich gegen das millionenfache Geschwätz der deutschen Stammtischphilister zu wenden, die aus der ungeheuerlichen Beschränktheit heraus, deren ihr enger Horizont fähig ist, über südamerikanische und Balkanvölker glauben hochmütig zu dürfen. Leider war in den Reden des nationalliberalen Abgeordneten Strefemann bis zum Jahre 1918 und in der Politik des volksparteilichen Führers Strefemann bis in das Jahr 1923 von solchen Wahheiten kaum etwas zu spüren.

Das erstmal

hat der Reichsaußenminister, wie ihm später der Zentrumsprecher Raas attestierte, die Linien der jetzigen deutschen Außenpolitik bis in das Jahr 1919 zurückverfolgt und damit die Hermann Müller, Erzberger, Rathenau und Wirth als die eigentlichen Schöpfer der Anfänge des deutschen Befreiungswerkes anerkannt. Es ging ein Haunen durch den Saal, als Raas mit bewegter Stimme ausrief: „An dem Wege, der zur Befreiung Kölns geführt hat, liegen die Gräber von Erzberger und Rathenau.“ Rud. Breitscheid, der sich erst für Dienstag hat in die Rednerliste eintragen lassen, wird darauf sicher noch näher eingehen.

Es gehört die hartstirnige Frechheit der führenden Deutschnationalen dazu, der befreiten ersten Zone einen Gruß zu entbieten, wie es am Montag im deutschen Reichstag geschah. Nicht Essen, nicht Duisburg, nicht Düsseldorf, nicht Köln wäre befreit, wenn die verbrecherische deutschnationale Außenpolitik sich hätte auswirken können. Nicht eine Verringerung der Besatzung, sondern ihre vielfache Vermehrung wäre erfolgt, wenn

die außenpolitische Giftmischeret

der Helfferich und Westarp von verantwortlichen deutschnationalen Regierungsstellen betrieben worden wäre. Der Graf stellt sich nun hin und trompetet von einem Zusammenbruch, einer Katastrophe in Genf. Es gewiß dies eine sehr

starke Uebertreibung ist, so sicher ist, daß die deutschnationale Außenpolitik einen vollen Zusammenbruch erlebt hat. Es gibt im Reichstag niemand mehr, der an den Ernst deutschnationaler Kraftworte glaubt, und im Lande selbst wird die Zahl der Einfältigen, die von Monarchie und Militarismus eine Erhebung Deutschlands erwarten, mit jedem Tage geringer.

Wie hat sich das Bild des Reichstags gegenüber deutschnationalen Oppositionsreden verändert. Einst ein vollbesetztes Haus, wenn Helfferich und Westarp sprachen. Wildschäumten rechts und links die Leidenschaften auf, Sturmjahren durchstosten den Saal. Und jetzt?

Zwei Duzend Deutschnationalc

von 110 schläfrig auf ihren Bänken. Kaum, daß ein laues „Sehr richtig!“ ihren führenden Sprecher unterstützt. Auf den Bänken der übrigen Fraktionen aber Leere und Langeweile. Es ist zur Stunde für Deutschlands Politik beinahe gleichgültig, was der Führer der Deutschnationalen vorzubringen hat. Welch ein Abstieg einer großen Partei!

Nicht einmal ein Mistrauensvotum mag der Herr Graf einzubringen. Das Ziel seiner Opposition ist jammervoll: er bittet eine hohe Regierung untertänigst, wohlwollend erwägen zu wollen, ob die bisherigen Unterhändler Luther und Strefemann für die Zukunft noch die geeigneten Unterhändler seien. Das ist alles. Ein fröhliches Gelächter links. Einige verlegene Bravourstücke rechts, und die deutschnationale Oppositionsrede ist am Ende.

Die Regierungsparteien verzichten auf ein Vertrauensvotum, sie bringen lediglich eine auf die Genfer Verhandlungen zugeschnittene Billigungsformel ein, der auch die Sozialdemokratie zustimmen kann. Sie kann das um so leichter, als der Beschluß ein neues entschiedenes Bekenntnis zu der unter entscheidendem sozialdemokratischen Einfluß eingeleiteten und fortgeführten Locarno-Politik enthält. Reichsregierung und eine sehr große Reichstagsmehrheit werden an dem Werke von Locarno festhalten und zugleich von den übrigen Locarnopartnern die Erfüllung der Verpflichtungen von Locarno erwarten. Darüber hinaus werden wir vorbereiten, was im September kommen muß: den Eintritt Deutschlands als gleichberechtigtes Glied in den Völkerbund und Völkerbundsrat.

Die Billigungsformel.

Die Regierungsparteien haben am Montag nachmittag im Reichstag folgende Billigungsformel eingebracht:

Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und die Haltung der deutschen Abordnung in Genf.

Er bedauert den den berechtigten deutschen Erwartungen nicht entsprechenden Ausgang der Genfer Verhandlungen.

Der Reichstag erwartet von der Reichsregierung die alsbaldige Gewirkung von Garantien dafür, daß die Auswirkungen des Vertragswerks von Locarno, insbesondere im besetzten Gebiet, mit größter Beschleunigung einer den berechtigten deutschen Forderungen Rechnung tragenden Lösung zugeführt und so bereits vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Erklärungen wirksam werden, die zwischen den am Vertrag von Locarno beteiligten Mächten in Genf über Aufrechterhaltung und Fortführung der Locarnopolitik vereinbart worden sind.

Bevor die Billigungsformel von den Regierungsparteien im Reichstag eingebracht worden ist, wurde sie der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Urtext vorgelegt. Die Fraktion gab dem Antrag unter der Voraussetzung ihre Zustimmung, daß in ihm, wie es in dem Urtext nicht der Fall war, direkt vom Völkerbund gesprochen wird. Die Regierungsparteien erklärten sich mit dieser Wendung einverstanden, so daß die sozialdemokratische Fraktion im Plenum für die Billigungsformel stimmen wird.

Neugestaltung des Völkerbundsrats

Der Berliner Völkerrechtler Dr. Hans Wehberg schreibt uns zur Vertagung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und über die eventuelle Befestigung der Schwierigkeiten, die sich in Genf ergeben haben:

Wichtiger als die Frage nach der persönlichen Verantwortung ist das Erkennen der tiefen Gründe, weshalb man in Genf nicht zu einer Einigung gelangt ist. Wir glauben, daß die letzten Ursachen in dem System des Völkerbundes selbst liegen und daß es im Interesse der Fortentwicklung des Bundes liegt, wenn man diesen eigentlichen Kern des Konfliktes zu erkennen und zu beseitigen sucht.

Neben der Geheimdiplomatie und dem Prinzip der Einstimmigkeit, hat vor allem die Einseitigkeit der

mitglieder in ständige und nicht ständige unheilvoll gewirkt. Brasilien konnte nur dadurch auf den Gedanken kommen, einen ständigen Sitz für sich zu beanspruchen, weil auch die andern Mächte, die man als sogenannte „Großmächte“ bezeichnet, nach der Völkerbundsatzung Anspruch auf einen solchen Sitz haben. Es fragt sich daher, ob nicht der britische Gelehrte und Völkerbundspolitiker Gilbert Murray recht hat, wenn er kürzlich die Forderung aufstellte, es sollte kein Staat ohne weiteres Mitglied des Rates sein, sondern sämtliche Mitglieder sollten von der Bundesversammlung gewählt werden müssen.

Gegen diesen Vorschlag ließe sich das Bedenken erheben, ob der Rat über hinreichend Autorität verfügt, wenn ihm die Großmächte nicht dauernd als Mitglieder angehören. Wird ein Ratsbeschluß nicht von vornherein z. B. bei Mussolini auf Widerstand stoßen, wenn Italien nicht im Rate vertreten ist? Solange zu befürchten steht, daß einzelne Regierungen den Völkerbund sabotieren, solange dem Völkerbunde noch keine größere rechtliche und tatsächliche Macht zur Verfügung steht, kann die Nichtvertretung einer Großmacht im Rate außerordentlich bedenklich sein. Dagegen ist nicht anzunehmen, daß ein Land den Völkerbund sabotieren wird, wenn es an einem Beschlusse mitgewirkt hat.

Freilich auch die sogenannten mittlern und kleinern Staaten können den Völkerbund sabotieren. Ich bin jedoch der Meinung, daß es gerade in den ersten Jahrzehnten der Entwicklung des Völkerbundes darauf ankommt, vor allem die sogenannten Großen zu überzeugen, daß die Genfer Satzung eine besondere Bedeutung hat und weil, wenn sie ohne Ausnahme Völkerbundspolitik treiben, die andern Mitglieder des Bundes ganz von selbst gezwungen sind, sich dieser Politik anzuschließen. Es kommt hinzu, daß die Idee einer Politik des Rechts naturgemäß gerade bei den kleinern und mittlern Staaten an sich mehr Sympathien findet als bei den Großmächten.

Die ständige Vertretung der Großmächte

im Rate setzt jedoch nicht unbedingt voraus, daß diese Mächte auch einen Rechtsanspruch auf einen solchen Sitz haben. Es würde möglich sein, alle Mitglieder des Rates durch die Bundesversammlung wählen zu lassen, wenn man der Bundesversammlung so viel Einsicht zutraut, daß sie — wenigstens für absehbare Zeit — die größten Staaten der Welt jedesmal in den Rat hineinwählt. Jede Großmacht hätte dann ein besonderes Interesse daran, wahre Völkerbundspolitik zu treiben, weil sie sonst fürchten müßte, aus dem Rate hinausgewählt zu werden. Daß die Ausübung dieser Befugnis durch die Bundesversammlung Schwierigkeiten der oben erwähnten Art hervorrufen kann, ist zuzugeben. Die Bundesversammlung wird jedoch, wenigstens in der ersten Zeit, viel zu weitsichtig sein, als daß sie ihre Machtbefugnisse überspannte.

Es ist von Interesse zu bemerken, daß sich auch unter den Richtern des Weltgerichtshofes nach dem Statut des Gerichtshofes keineswegs jedesmal Angehörige aller Großmächte (soweit sie Mitglieder des Völkerbundes sind) befinden müssen, daß aber trotzdem im Jahre 1921 bei der ersten Richterwahl der Rat und die Bundesversammlung ihre Stimmen so abgegeben haben, daß gegenwärtig jede dem Völkerbund angehörige Großmacht im Gerichtshof durch einen Staatsangehörigen vertreten ist.

Es würde daher sehr wohl zu erwägen sein, ob man nicht in Zukunft die Unterscheidung zwischen ständigen und nicht ständigen Ratsmitgliedern beseitigen und so das Prinzip der Staatengleichheit formell zur Anerkennung bringen soll.

Dagegen vermögen wir in dem Vorschlage, im Rahmen des Völkerbundes kontinentale Gruppen zu schaffen, keine geeignete Lösung zu erblicken. Das für die laufenden Geschäfte des Völkerbundes in Betracht kommende höchste Organ des Bundes muß Vertreter aller Teile der Welt, nicht nur einzelner Kontinente umfassen. Sonst wird es zur Erledigung der großen weltpolitischen Konflikte nicht geeignet sein.

Dabei darf freilich nicht außer acht gelassen werden, daß eine grundlegende Reform der Zusammenfassung des Völkerbundsrates vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund schon aus technischen Gründen gar nicht verwirklicht werden kann, daß aber doch andererseits gerade die dem Eintritt Deutschlands entgegenstehenden Schwierigkeiten durch die Vorschläge der vom Rat eingesetzten Kommission überwunden werden sollen. Aber wenn sich alle in Betracht kommenden Großmächte bereit erklären, in absehbarer Zeit auf einen solchen ständigen Sitz zu verzichten und sich an der

erhaltene deutsche Export einen vernichtenden Schlag erhalten würde. Verschärfung des englischen Kohlendumpings, Schwierigkeiten in den Sachlieferungen nach Frankreich — das Ende wäre, daß wir in kurzer Zeit in Deutschland noch weitere 2 Millionen Arbeitslose hätten und jeder augenblicklich arbeitslose Arbeiter und Angestellte keine knappe Unterstützung mit noch einem andern teilen müßte.

Wenn irgendeiner in Deutschland an der Fortsetzung der Locarnopolitik, an der Befriedung Europas und Erholung der Wirtschaft unmittelbar interessiert ist, wenn irgendeiner sich gegen alle außenpolitischen, kommunistischen oder deutschnationalen Scharbielderien wenden muß, dann gerade der Arbeitslose. Sie sind es, die bei einem Zusammenbruch der Locarnopolitik die Schläge erhalten würden und tun gut daran, sich den Demagogen fernzuhalten.

Preussische Staatsbank.

Die Preussische Staatsbank (Seehandlung) gibt den Reingewinn für das Jahr 1925 mit 11 421 892,59 Reichsmark an. Ueber die Bilanz ist folgendes zu bemerken: Die Bilanzsumme vermehrte sich von 422 Millionen im Jahre 1924 auf 886 Millionen Mark im Jahre 1925. Die Restquittungen bei Banken und Bankfirmen steigerten sich von 12,4 Millionen (im Jahre 1924) auf 80,4 Millionen (im Jahre 1925), die Schuldner in laufender Rechnung von 85,8 Millionen auf 445,9 Millionen und die Gläubiger von 408 auf 875,7 Millionen. Ueber das Geschäft selbst wird gesagt:

Das Lombardgeschäft blieb in seiner Entwicklung zurück, dagegen gewann die Gewährung kurzfristiger Betriebsmittelkredite an Gemeinden und Gemeindeverbände größere Bedeutung.

Als Verlustposten wird von der Seehandlung 23 708 181,80 Reichsmark angegeben. Es handelt sich hier um Abforderungen auf Forderungen aus den bekannten Kreditgeschäften des Jahres 1924. Dazu kommt noch ein Verlust in Höhe von 1,8 Millionen Mark aus Wertpapiergeschäften. Der Reingewinn (11,4 Millionen) reicht nicht hin, um den Verlust zu decken. Es verbleibt für das laufende Geschäftsjahr ein Fehlbetrag (Verlustforttrag) in Höhe von 4 578 045,28 Mark, der aus den Gewinnen des Jahres 1926 abgetragen werden soll.

Kapitel „Justiz“.

In der „Welt am Montag“ lesen wir: Vor etwa einem Jahre wählten die Zeitungen zu berichten, daß der deutsch-nationale Parteiführer Arno Leben in einer öffentlichen politischen Versammlung einen vollständig ungetragenen Vandalenbesuch an Al.-Gruie erfochten hatte. Die Freisprechung des Käfers (er wurde nur zu 10 Mark Geldstrafe wegen unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt) erregte damals in den weitesten Kreisen Aufsehen. Kein Wunder, daß Leben aus der damaligen Erfahrung für die Zukunft nichts gelernt hat.

Am Sonntag den 7. März, nachmittags 2 Uhr, war von dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Gerdaun und Umgebung, eine öffentliche Kundgebung auf dem Marktplatz in Gerdaun einberufen worden, in der das Mitglied des österreichischen Bauverbandes Fritz Polenz (Königsberg) gegen die Fürstenabfindung referierte. Gleich am Beginn der Versammlung wurde die Veranstaltung durch allseitig unwohlwollende und unflätige Zwischenrufe jenes deutschnationalen Parteiführers Leben gestört. Der Versammlungsleiter wandte sich an den zuständigen Oberlandjäger mit der dringenden Bitte, den Friedensstörer zur Ruhe zu berufen, damit unerwünschte Zusammenstöße vermieden würden. Leben kam aber der Aufforderung des Oberlandjägers, sich ruhig zu verhalten, nicht nach, sondern belegte im Gegenteil die Versammlungsteilnehmer bei Schluß der Versammlung mit Schimpfwörtern, worauf es zu einem Zusammenstoß zwischen ihm und einigen Vandalenarbeitern kam.

Auch jetzt bemüht sich der Versammlungsleiter, der Redner und einige andre besonnene Elemente, unter anderem auch der Polizeibetriebsassistent Wolff, die Menge zu beruhigen und Frieden zu stiften, was aber von Seiten Lebens damit beantwortet wurde, daß er den Revolver zog und blindlings in die Menge hinein schoss, bis er entwirrt wurde. Der weit entfernt stehende Arbeiter Kösling erhielt hierbei einen Schuß in den Oberarm, Maurer Bwolle einen Wundenschuß und Polizeibetriebsassistent Wolff einen Wundenschuß.

Es hielt naturgemäß nunmehr schwer, die aufgebrachtene Menge zu beruhigen, die am liebsten eine Lynchjustiz an dem Käfer vollzogen hätte. Leben selbst wurde mit schweren Wunden zu dem benachbarten Kreisarzt gebracht und später auf Befehl der Polizeiverwaltung mit seinem eignen Einverständnis in Schimpfhaft genommen.

Wie durch mehrere Beugen erhärtet wird, hat der deutsch-nationale Revolverheld schon am Sonntagabend an die ganze Nacht hindurch und auch schon am Sonntag vormittag dem Käfer zugelangt, so daß er unter anderem am Sonntag um 10 Uhr in angekränkeltem Zustand auf offener Straße gesehen wurde.

Wir sind neugierig, wann nun ein Landfriedensbruch-Verfahren gegen — nicht gegen den Revolverkämpfer Leben, daran denken Republikaner nach den Erfahrungen mit deutschen Gerichten schon längst nicht mehr — die Verwundeten angestrengt wird.

Schwarzweißrote Schokolade.

Aus Köln wird uns geschrieben: Anlässlich des Befreiungstages in Köln hat sich die bekannte Schokoladenfabrik Stollwerck eine monarchistische Demonstration geleistet, die allgemein als eine Verhöhnung der Republik und der in Köln versammelten Zehntausende Reichsbannerkameraden gedeutet wurde. Die Firma Stollwerck hatte ihr in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs gelegenes großes Haus geradezu übermäßig schwarzweißrot herausgeputzt. Da im ganzen Kölner Großstadtviertel die schwarzweißroten Fahnen flatterten, trat die Demonstration der Firma Stollwerck um so stärker in Erscheinung.

Es war der allgemeine Wunsch der Republikaner Kölns, daß die Verhöhnung der Republik und der republikanischen Organisationen durch die Schokoladenfirma in Deutschland bekannt werden müsse.

Ob die Schokoladenfabrik damit in größter Deffentlichkeit und mit Nachdruck den Republikanern zum Bewußtsein bringen wollte, daß sie auf andre als schwarzweißrote Schokoladenbesser keinen Wert legt?

Einheitsfrontler in der Klemme.

Die Independent Labour Party hat vor einigen Wochen durch ihren Generalsekretär Fenner Brockway dem linken Ausdrück verliehen, angefaßt der „veränderten Lage“ eine Aktion für die Vereirrigung der sozialistischen und kommunistischen Internationale zu unter-

nehmen. Die Exekutive dieser Partei hat nunmehr in ihrer jüngsten Sitzung den nächsten Schritt getan und eine Resolution beschlossen, die sie auf der nächsten, am 11. April in Zürich stattfindenden Exekutivitzung der Internationale erörtert zu sehen wünscht. Die Entschliessung lautet:

Angefaßt der dringenden Notwendigkeit der Einigkeit der Arbeiterbewegung gegenüber der kapitalistischen und imperialistischen Reaktion sowie gegenüber der Drohung des Faschismus in Europa soll die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eine Konferenz mit der Exekutive der Dritten Internationale anregen, deren Zweck sein würde, die Möglichkeit einer allumfassenden Internationale zu erörtern.

Diese Entschliessung und die ganze auf eine Einigkeit mit der kommunistischen Internationale hinarbeitende Taktik der neuen Exekutive der I. A. P. hat den Generalsekretär der britischen Labour Party,

Arthur Henderson,

auf den Plan gerufen. Hierfür wendet sich in einer längeren, vom offiziellen Pressedienst der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften verbreiteten Darstellung, deren wichtigste Punkte hier wiedergegeben werden sollen, gegen diese Absicht:

Die Exekutive der Labour Party hat diese neue Taktik der unabhängigen Arbeiterpartei (I. A. P.) einer Diskussion unterzogen. Hierbei hat sich gezeigt, daß die Mitglieder der Exekutive der Labour Party einmütig der Auffassung waren, daß die Labour Party keinen Vorschlag unterstützen kann, der auf eine Einigung der Sozialistischen und der kommunistischen Internationale abzielt, da das eine Verleugung des Geistes und des Sinnes der Konferenzbeschlüsse, insbesondere derer von Liverpool wäre, durch die die kommunistische Partei und, soweit es möglich ist, auch Einzel-Kommunisten aus der Arbeiterpartei ausgeschlossen wurden.

Es sollte nicht nötig sein, die I. A. P., daran zu erinnern, daß keine einzige Partei, nicht einmal die I. A. P., die Frage vor das höchste Tribunal der sozialistischen Arbeiterbewegung, den Kongress von Marseille, gebracht hat, des weitern, daß keine einzige der Arbeiterpartei angeschlossenen Sektionen, und auch die I. A. P. nicht, diese Frage vor die für die britische Arbeiterpartei entscheidende Instanz, den Parteitag, gebracht hat, der vor wenigen Monaten in Liverpool stattfand. Ich zweifle, ob die I. A. P., wenn diese Frage in Zürich von der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschnitten werden wird, auch nur die Unterstützung einer einzigen kontinentalen Partei finden wird.

Es muß festgestellt werden, daß sich seit 1922, dem Zeitpunkt des Scheiterns des letzten Versuches, irgendeine Vereinigung in den Grundzügen oder Absichten der kommunistischen Internationale nicht vollzogen hat. Trotz des neuen Buchs „Wohin geht Englands?“ bietet im Gegenteil den besten Gegenbeweis hierfür. Es wäre jedoch gegenüber der I. A. P. ungerade, nicht anzuerkennen, daß die Fragen, die nach ihrer Meinung auf einer solchen Konferenz der beiden Internationale gestellt werden sollen, eine bemerkenswerte Mehrlichkeit mit denen aufweisen, die seinerzeit auf der fehlgeschlagenen Berliner Konferenz von der Zweiten Internationale und der Wiener Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft angehängt worden sind, nämlich die Frage der Unvermeidlichkeit der bewaffneten Auseinandersetzung, die Probleme der Diktatur des Proletariats und des Antiparlamentarismus, die Frage der Sinkerkerung von Sozialdemokraten, Sozialrevolutionären und andern politischen Gegnern in Rußland und Georgien, die Fragen der Medez, Prez- und Organisationsfreiheit in Rußland und Georgien und das Problem der geregelten kommunistischen Tätigkeit innerhalb der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung.

Am Schluß sagt Henderson: „Die Broschüre der I. A. P. sind sowohl utopisch als verderblich, da jenes Mindestmaß von Übereinstimmungen zwischen den beiden Internationale nicht existiert, welches auch nur eine Besprechung mit der kommunistischen Internationale rechtfertigen würde.“

Interessant ist nun, welche Ratlosigkeit der Einigungsantrag der Independent Labour Party — so unscheinbar auch seine Annahme ist — im Lager Moskau erzeugt hat, dort, wo die „Einheitsfront“ nur eine

Agitationsparole zur bessern Zerplitterung

ist. So widmet die Moskauer „Pravda“ vom 4. März den englischen Freunden einer sofortigen Einigung in einem Leitartikel folgende Liebenswürdigkeiten:

Entweder muß man annehmen, daß ein ungläublicher Umsturz in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung eingetreten ist; daß die Diener der Bourgeoisie aufgehört haben, Diener der Bourgeoisie zu sein, sich zu Revolutionären verwandelt haben, Neue zeigen und beschließen haben, ehrliebe Kämpfer gegen den Kapitalismus zu sein und auf revolutionärer Grundlage die beiden Internationale vereinigen wollen. Oder man muß annehmen, daß die englische opportunistische Organisation ein bestimmtes Maß an Überlegenheit, einen bestimmten schlaun Schachzug macht. Im letzten Falle taucht die Frage auf, was den eigentlich der reale politische Sinn des Vorschlags der I. A. P. ist.

Natürlich ist das Auftreten der I. A. P., nach der „Pravda“, nichts anderes als ein Versuch, die von den Kommunisten ergriffene Initiative zur Bildung der Einheitsfront abzufangen. Daher der Jörn, daher auch der folgende Schimpferguss an die Adresse des I. A. P.:

„Ihre eure großartigen Deklarationen, alle eure überjenseitlichen Vorschläge sind bloß Schwärzereien von Schmarlatane, und ihr selbst seid keineswegs Kämpfer für die Einheit der Arbeiterklasse, sondern bloß Opportunisten, die eine linke Haltung simulieren.“

Die Neuerungen des kommunistischen Zentralorgans zeigen in kraßer Weise, daß die kommunistischen Demagogen zwar die Parole der Einheitsfront für den Dummensinn gern im Munde führen, daß sie aber in Lobsucht verfallen, wenn konkrete Vorschläge zur Herstellung einer wirklichen Einheitsfront gemacht werden. Denn sie wollen keine wirkliche Einheitsfront, sondern die Zerstückelung und Zerlegung der großen sozialdemokratischen Organisationen, um die die Splitter der alleinseligmachenden Moskauer Kirche führen zu können.

Rußland und Abrüstungskonferenz.

Die beiden am 18. d. M. vom Völkerbundsrat beschlossenen Schreiben an die Sowjetregierung über die vorbereitende Abrüstungskonferenz sind am Montag vom Völkerbundssekretariat im Wortlaut veröffentlicht worden. In dem zweiten Schreiben wird die Sowjetregierung nochmals eingeladen, ihre Vertreter nach Genf zu schicken und nicht länger auf ihrem bisherigen Standpunkt zu beharren. (Rußland will so lange keinen diplomatischen Vertreter zu Verhandlungen auf Schweizer Boden entsenden, als ihm nicht Genehmigung für die Ermordung von Sozialisten erteilt worden ist.)

In dem Schreiben heißt es dann unter Bezugnahme der Stellungnahme des schweizerischen Bundesrats vom 20. Sep-

tember, daß der Völkerbundsrat die schweizerische Auffassung vollkommen teilt und das Verhältnis irgendeines Staates im Völkerbund nichts mit den Beziehungen des gleichen Staates zur Schweiz zu tun hat. Im übrigen habe der schweizerische Bundesrat auch der russischen Delegation so gut wie den Vertretern aller andern Staaten für ihre Beteiligung an Beratungen des Völkerbundes die gleichen Erleichterungen und Immunitätsrechte zugesichert.

Am Schluß des Schreibens heißt es: „Der Völkerbundsrat ist überzeugt, daß die Sowjetregierung in Anbetracht ihrer Erklärung vom 14. Januar, daß sie jede Initiative für die Abrüstung begrüßt und aufrichtig an den Bestrebungen dazu sich zu beteiligen wünsche, nicht auf die Anbahnung von besondern Maßnahmen bestehen wird, die auch keinem Mitgliedsstaat des Völkerbundes zugestanden werden könnten.“

Notizen.

Abrüstung und Wädchenhandel. Am Montag trat in Genf die Völkerbunds-Kommission zur Bekämpfung des Frauen- und Wädchenhandels und zur Förderung des Kinderbeschutzes zu ihrer 5. ordentlichen Tagung zusammen. Die Kommission besteht aus elf Mitgliedern und zwei boneinander unabhängigen Ausschüssen, denen noch eine Anzahl Beisitzer aus den größten internationalen Verbänden für die gleichen Aufgaben beigegeben sind. Die Kommission begann ihre Arbeiten mit der Beratung eines Berichtes der Sekretariatsabteilung und des Jahresberichtes von 1924 der Regierungen über die Durchführung der Konvention von 1921 zur Bekämpfung des Wädchenhandels. Aus den dazu gehaltenen Neben-ging hervor, daß die Ausführung dieser Konvention in zahlreichen Ländern noch auf große Schwierigkeiten stößt.

Bundeskanzler Raemel in Berlin. Aus Wien wird gemeldet: Die Abreise des Bundeskanzlers Raemel nach Berlin erfolgt am Freitag abend über Passau, so daß der Bundeskanzler am Sonntag früh in Berlin eintrifft wird. In seiner Begleitung befindet sich der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Peter. Um 1 Uhr nachmittags wird der Bundeskanzler vom Reichspräsidenten Hindenburg empfangen; im Verlauf des Nachmittags soll eine Besprechung im Auswärtigen Amt stattfinden.

Schulze nicht vergiftet. Die Leiche des vor einigen Tagen verstorbenen und in die Frankfurter-Affäre verwickelten Artur Schulze ist am Montag unter Leitung eines Gerichtsarztes auf Anweisung der Staatsanwaltschaft in der Kreuzenstall Herberge bei Berlin obduziert worden. Die Sektion ergab, daß Schulze keiner Vergiftung zum Opfer gefallen ist. Magen und Darm wiesen keinerlei giftige Stoffe auf. Dagegen wurde festgestellt, daß Schulze an Augen- und Rippenfellentzündung litt. Nach dem Urteil der Ärzte ist das Auftreten der Entzündungen nicht rechtzeitig festgestellt worden, da Schulze angeblich durch seine Lohndienstfälle eine geordnete ärztliche Untersuchung verhindert hat.

Danktelegramm an Lunden. Die sozialdemokratische Fraktion der holländischen Zweiten Kammer sandte an den schwedischen Außenminister und Führer der schwedischen Sozialdemokraten Lunden in Stockholm folgendes Telegramm: „Die sozialdemokratische Kammerfraktion erkennt Ihr Auftreten in Genf warm an. Sie haben sich damit den Dank aller Friedensfreunde und im besonderen der sozialistischen Arbeiterklasse der ganzen Welt verdient.“

Depeschen.

Schwedischer „Vertrauens“-Antrag.

Oslo, 23. März. Da die Regierungsparteien zur außenpolitischen Debatte kein direktes Vertrauensvotum eingebracht haben, sondern sich auf einen Billigungsantrag geeinigt haben, haben nun die Wölschen selbst ein natürlich nicht ernst gemeintes Vertrauensvotum eingebracht, das folgenden Wortlaut hat:

Indem der Reichstag über alle andern Anträge, die die Haltung der Reichsregierung des Reichskanzlers oder des Reichsministers des Außern betreffen, zur Tagesordnung übergeht, spricht er der Regierung insbesondere dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Außern das Vertrauen aus.

Wie das Nachrichtenbureau des Vereins deutscher Zeitungsbesitzer aus Kreisen der Regierungsparteien hört, wird dieser Antrag voraussichtlich durch Übergang zur Tagesordnung erledigt werden.

Österreichisches Zwischenpiel.

Berlin, 23. März. (Radio.) Die Fortsetzung der außenpolitischen Debatte am Dienstag im Reichstag brachte zunächst eine Rede des Wölschen von Rebertsm. Die Regierungsbank war während der politischen Rede ganz verbannt und auch das Haus brachte der inhaltlich und rhetorisch sehr schlechten Leistung keinerlei Interesse entgegen.

Raum hatte Rebertsm. geendet, als der holländische Abgeordnete von Graefe auf die Treppe zum Präsidentensitz sprang und beantragte, die Sitzung so lange auszuschieben, bis die Regierung erschienen sei. Bei der Sinken löste dieser Antrag große Heiterkeit aus.

Der letzte Redner ist der Abgeordnete Dr. Breitfisch, und es ist beabsichtigt zu sehen, wie sich die Wölschen bemühen, die Reichsregierung herzugutieren, wenn der sozialdemokratische Redner spricht.

Bei der Reichstagspräsident Löbe den holländischen Antrag zur Abstimmung bringt, erteilt er ihnen eine wohlverdiente moralische Sektion. Er sagt: Vermutlich sei das Fernbleiben der Regierung auf das Verhalten gewisser Abgeordneter zurückzuführen.

Bei der Abstimmung erhoben sich nur die Wölschen und Deutschnationalen für den Antrag v. Graefe. In dem Augenblick, in dem Breitfisch das Wort ergreift, erscheint der Reichsaussenminister mit mehreren andern Reichsministern. Die Deutschnationalen verlassen operativ den Saal.

Französische Stimmen zu Stresemanns Rede.

Paris, 23. März. Zur Rede des Reichsaussenministers Stresemann schreibt „Echo de Paris“ nach Beobachtung der Genfer Tagung sei Deutschland in wahrhaft erhabener Stellung. Es ziehe Nutzen aus einer Art moralischer Aufzucht in den Völkerbund. Es stehe Deutschland, das weder dem Völkerbund, noch dem Völkerbundsrat angehöre, völlig frei, seine Kandidatur zurückzugeben, wenn Entscheidungen getroffen würden, die es nicht befriedigen. Andererseits gehöre Deutschland dem Ausschuss zur Umgestaltung des Völkerbundsrates und der vorbereitenden Entwaffnungskommission an. Das bedeute ein Maximum von Rechten und ein Minimum von Pflichten.

„Deure“ führt aus, man erkenne klar, was der Völkerbund befehlen würde, wenn er Deutschland nicht aufnehme, und ebenso klar, was Deutschland aufgeben, wenn es nicht aufgenommen sein wolle. Im übrigen hätten die ausgedruckten Worte, die Stresemann Locarno widmete, gezeigt, daß nach dieser Richtung keine Gefahr bestehe.

Das Resultat in Sachsen.

Berlin, 23. März. (Radio.) Die Zahl der Eintragungen zum Wahlbegehren in den drei sächsischen Wahlkreisen beläuft sich auf 1 543 860, das sind 47,8 Prozent der Stimmberechtigten.

Entziehung einer Fälligkeit.

Berlin, 23. März. Die Kriminalpolizei verhaftete gestern eine vierzehnjährige Kaiserhinde, die volkstümliche An- und Abmeldebefragungen, Arbeitsbeschäftigungen und Leistungen herstellte, woraufhin die Fälligkeit als „Arbeitslose“ bei den Wahlberechtigten zu bis 20 Mark Unterbringungen erhalten. Die Fälligkeit bedienten sich und sind nicht zu befragen, zur Unterbringung der Fälligkeit auch andere Leute, denen sie dafür Unterbringung gaben.

Neuheiten in Oberhemden

Einsatzhemden, Krawatten und Kavaliersocken

Einsatzhemden	mit Rippschuloh, aparte Streifen	2.10	1.95
Einsatzhemden	prima Erftal, mit Rippschuloh	2.35	2.95
Einsatzhemden	isomere Erftal-Dual, mit Rippschuloh, Isolat-Frektion	3.35	3.75
Einsatzhemden	offener Erftal, aparte Erftal-Einzel, Defina	4.75	4.35
Herren-Garnituren	Seide und Soie, einfarbig		3.95
Herren-Garnituren	Seide u. Soie, prima Wafel-Gewebe, fest gestreift		7.50
Herren-Garnituren	Seide und Soie, Santos-Gewebe, weiß		7.50

Oberhemd	prima Perkal, in allen Weiten vorrätig	3.25
Sporthemd	einfarbig Geppir, mit Krage	5.75
Oberhemd	prima Perkal, mit 2 Krage und unterlegter Brust	7.50
Oberhemd	a. Geppir, mit 2 Krage, beidseitigen Streifen und unterlegter Brust	9.50
Oberhemd	la. Perkal, in Phantastie-Faltenbrust	10.50
Oberhemd	la. Geppir, mit Phantastie-Faltenbrust und Krage	12.50
Oberhemd	la. Erftal, einfarbig u. gestreift, mit Krage, in modernen Farben	13.50
Oberhemd	weiß, mit Rippschuloh u. Klappmanchetten	6.50
Oberhemd	weiß, mit Wafelgeflecht, Damaststreifen und Krage	7.50
Oberhemd	weiß, mit Riffelgeflecht und Klappmanchetten	8.50

Schleifenbinder	zum Ausfüllen	65
Farbige Schleifen	für Steif- und Umlegekragen	1.95 1.10
Selbstbinder	in Bouleardine u. Kunstseide, aparte Frühjahrsf.	1.95 1.95
Selbstbinder	reine Seide, modische Dessins	2.25
Kavaliersocken	gestreift, Ferje und Spitze verstärkt	85
Kavaliersocken	moderne Karos und Streifen	1.65 1.45
Kavaliersocken	prima Seidenflos, aparte Karos u. Streifen	2.75 2.25



Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

Freis Müller
Siphon, Rannen- u. Flaschen-Berf, Gumbisburger Str. 31 Tel. 2037

Biere aller Art frei Haus
Bodensteiner, Aktien, Schülke, sowie bayrische Exportbiere, Aufbacher, Nigg-Bräu, echt Röstiger Schwarzbier

Alle Sorten künstliche Blumen
Saisonweige, Frühjahrsblumen, Tischdecorationen, Einzelblumen für Grabdecoration, Apfelmöbe, Brautkränze, etc.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer
Karl Siebert
Karlstraße 4 (Ecke Brandenburger Str.)

Carlos
Die bewährte Qualitätsmarke
Vornehme u. elegante Modelle! Spielend leichter Lauf! Übernahme weltbekannter Garantie! Verlangen Sie Angebote durch B. Pabst, Magdeburg, Berlinerstraße 3800 u. 2808.

Geblöte Rahmen 28-45 Mk. Markenräder von 85 Mk. an - Teilzahlung gestattet -

Korbuly's Baukasten MATADOR
Viele 100 bewegliche Maschinen und Gegenstände aller Art bauen große und kleine Kinder mit

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Große Münzstraße Nr. 3.

Corona
Panther Diamond
Bequeme Teilzahlung gern gestattet. Reparatur-Verkehr, Motor- u. Fahrrad-Verkehr.
O. Pfannschmidt, Leitmeritz, 15. Tel. 4980.

Billiger Seefisch-Verkauf!
Mittwoch und Donnerstag
kommt in sämtlichen Läden der Mitglieder des Vereins der Fischhändler von Magdeburg zum Verkauf, solange Vorrat

Blutfrischer Kabeljau
ohne Kopf pro Pfund 28 Pfennig

Wollen Sie Fischmarinaden nur erster Qualität zu billigst gestellten Preisen kaufen, dieselben erhalten Sie nur in den **Fisch-Spezialgeschäften.**

Tapetenhaus
J. Bochska
Kantstr. 15 (früher Kronprinzenstr.)
Fernruf 253

Tapeten
Spannstoffe
Delmenhorster
Linoleum
Linoleum-Teppiche
Linoleum-Läufer.

Preussische Klassen-Lotterie.
Loose
am 1. März 1933, Ziehung 16. und 17. April -
haben jetzt abzugeben

Die staatliche Lotterie-Gesellschaft
Georg Sell Breiter Weg 187 Tel. 228
Rich. Vogel Barockstraße 6 Tel. 191

Wenn Sie im Leben vorwärts wollen, brauchen auch Sie

ein Buch, das Antwort gibt auf die unzähligen Fragen, die täglich beim Gespräch und beim Buch- und Zeitungslesen, auf allen Gebieten des menschlichen Wissens und aus dem praktischen Leben heraus an Sie heranreten.

Der Kleine Brockhaus
Handbuch des Wissens in einem Band. In Halbleinen nur 23, in Halbfranz 30 Mk. vertritt den Typ des einbändigen Lexikons, wie es in Amerika in jedem Haus, in jedem Kontor, auf dem Arbeitspult jedes Kaufmanns und jeder Stenotypistin zu finden ist. — Dann dort will jeder einen sichern Ratgeber zur Hand haben! Er gehört auch in Deutschland in jedes Heim, jedes Kontor, auf jeden Schreibtisch, der rechten Hand leicht erreichbar, in die Reihe der unentbehrlichsten Nachschlagewerke! Denn er ist zugleich Orts-, Namen- und Sach-Lexikon, Handatlas, Hausarzt und Fremdwörterbuch, und beantwortet mehr, als zehn Gelehrte fragen können!

Ausführliche Uebersichten
unterrichten schnell und sicher über Gegenstände von besonderer Bedeutung, wie

Botanik	Geschichte	Schulwesen
Buchführung	Gewerkvereine	Sozialismus
Chemische Elemente	Hausapotheke	Sozialpolitik
Entdeckungsreisen	Infektionskrankheiten	Sprachen der Erde
Erfindungen, Entdeckungen u. Fortschritte der Wissenschaft und Technik	Kunstgeschichte	Steuern
Fleckenmittel	Literaturgeschichte	Urzeit
Geowissenschaften	Mineralogie	Vereinigung
Geologische Formationen	Münzen, Maße u. Gewichte	Vertrag von Versailles
Gerichtswesen	Musikgeschichte	Weltkrieg
	Reichswehr u. Reichsmarine	Wirtschaftsgeschichte
	Reichsverfassung	Zoologie

Ueber 6000 klar gezeichnete Textabbildungen begleiten und erläutern den Text auf 804 dreispaltigen Seiten mit über 54000 Stichwörtern, viele bunte und schwarze Tafeln fassen das Bildmaterial der einzelnen Gebiete anschaulich zusammen, genaue Karten bieten ein klares, übersichtliches Bild über alle Länder und Erdteile und geben somit dem „KLEINEN BROCKHAUS“ den Wert eines vollständigen Atlas.

Die wertvollste Konfirmations- und Ostergabe!
Hier abschneiden und heute noch absenden!

Der Unterzeichnete bestellt bei folgender Magdeburger Buchhandlung:

DER KLEINE BROCKHAUS
— Stück in Halbleinen G.-M. 23.—
— Stück in Halbfranz mit Goldschnitt G.-M. 30.—
— Ausführlicher Prospekt kostenlos!
Betrag folgt gleichzeitig — ist nachzunehmen — gegen bequeme Ratenzahlungen.

Name und Stand: _____
Ort, Tag und Wohnung: _____

F. A. Brockhaus, Leipzig.

Reichsbanner-Liederbuch mit Noten **empfeht Buchhandlung Volksstimme.**

Brand
Am Sonntag nachmittag kam in unserer Fabrik, Reinsberg 34, ein Feuer ausströmte ein Feuer in etwa einer Stunde gelöscht und gelöscht wurde. Durch die feuerfeste Bauart unserer Fabrik (geschützte Decke von Stein und Eisen) ist der Brand auf diesen einen Raum beschränkt geblieben und weitere anderen 35 Betriebsräume sind völlig vom Brande verschont geblieben. Unser Betrieb ist hierdurch nicht gestört und die zum Verkauf kommenden Waren sind mit dem Brande nicht in Berührung gekommen.

Tobak- & Cigarren-Fabriken Paul Meissner & Co. Magdeburg

